

WIR SIND DIE ZUKUNFT



Newsletter Nr. 01/2024 „Wir sind die Zukunft“
für die Aktiven in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
www.wir-sind-die-zukunft.net

INHALT

- **Infos aus dem KJHA vom 09.01.2023**
- **WsdZ-Positionspapier zur Offenen Arbeit mit Kindern**
- **50 Jahre HipHop-Kultur**
- **Das GamesFestival 2024**
- **Fake News über Whats app**
- **Logo-Wettbewerb Kinder- und Jugendrathaus**
- **Die nächste Ausgabe**
- **Veranstaltungstipps**
- **Impressum und Datenschutz**

INFOS AUS DEM KJHA VOM 09.01.2024

Sitzung Kinder- und Jugendhilfeausschuss

TOP 1 – KITA-JAHRESSTATISTIK 2022

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) bedankte sich für die Vorlage der Jahresstatistik und wies darauf hin, dass die in der Vorlage verwendeten Prozentzahlen besser als absolute Zahlen dargestellt werden sollten, da es sich dabei ja um Menschen handle. Sie wollte zudem wissen, in welcher Weise der KiTa-Finder erfolgreich sei und wo es dabei noch Probleme gebe.

Florian Kraus (Stadtschulrat) ergänzte, dass in Summe etwa 13 Prozent der vorgesehenen pädagogischen Stellen im Stellen KiTa-Bereich derzeit nicht besetzt seien – das entspricht ca. 500 offenen Stellen. Zudem sei eine Darstellung in absoluten Zahlen schwierig, weil nicht alle Einrichtungen ihre Zahlen rückgemeldet hätten. Insofern würden absolute Zahlen zu einer Verzerrung der Ergebnisse führen.

Nur Bekanntgabe

TOP 2 – ÜBERGANGSWEISE HÄRTEFALLREGELUNG für Münchner Träger von Kindertageseinrichtungen, die an der Münchner Förderformel teilnehmen

StRin Lena Odell (SPD/Volt) zeigte sich zunächst zufrieden, dass es gelungen sei, schnell eine Beschlussvorlage für die geplante Härtefallregelung zu erstellen und bedankte sich dafür. Ihr sei wichtig, dass die Träger nicht in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Ihre Fraktion und die Fraktion Die Grünen/Rosa Liste sehen jedoch Änderungsbedarf in der Vorlage. Ein entsprechender Antrag wurde vorgelegt, der vor allem die Deckelung der Härtefallhilfen auf 10 Prozent des kommunalen Anteils der BayKiBiG-Förderung je defizitäre MFF-Einrichtung aufheben will. Zudem sollen anfallende Kosten für den in der Vorlage vorgesehenen „prüfenden Dritten“ im Rahmen der Antragstellung auf die Härtefallhilfe berücksichtigt werden. Die Kostenerstattung für den prüfenden Dritten solle nur für den Erfolgsfall vorgesehen sein.

Dr. Manuela Sauer (Paritätischer) zeigte sich über die Beschlussvorlage sprachlos, weil daraus für sie eine Grundhaltung des Misstrauens der Stadtverwaltung gegenüber den freien Trägern zum Ausdruck komme. Sie wies vor allem darauf hin, dass die Landeshauptstadt es versäumt habe, rechtzeitig einen Ausgleich für den seit 2019 eingefrorenen Trägersausgleich zu finden – obwohl dies angekündigt war. Dazu habe das RBS vor dem Urteil des Verwaltungsgerichts, das die Münchner Förderformel kippte, zwei Jahre Zeit gehabt. Die seither gestiegenen Personal- und Sachkosten gingen so unmittelbar zu Lasten der freien Träger; inzwischen seien in den Jahren 2022 und 2023 erhebliche Haushaltsdefizite bei diesen Trägern aufgelaufen.

Die jetzt vorgelegte Härtefallregelung komme zu spät und berücksichtige die Entwicklung der letzten Jahre in keiner Weise. Dr. Manuela Sauer wies darauf hin, dass eine vergleichbare Härtefallregelung auf Landesebene deutlich niedrigschwelliger und unbürokratischer sei – nicht zuletzt verzichte der Freistaat Bayern darauf, dass die Antragstellung durch eine dritte Instanz (Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, etc.) durchzuführen sei. Sie wünsche sich eine di-

rekte Übernahme dieser Regelungen für die Landeshauptstadt. Es sei ihr gänzlich unverständlich, warum das Referat nun eine solche Antragstellung durch Dritte einführen wolle; das würden unnötige finanzielle und personelle Ressourcen auf allen Seiten binden und die Antragstellung zeitlich verzögern. Sie erklärte zudem, dass es nicht praktikabel sei, dass ein freier Träger zunächst seine Rücklagen aufbrauchen müsse, bevor die Härtefallregelung greife – die Träger benötigten für die Aufrechterhaltung ihres Betriebs dringend solche Rücklagen, um vor allem die Personalkosten zu decken. Es gibt bereits Träger, die Kredite zur Deckung ihrer laufenden Kosten aufnehmen mussten. Mit dem jetzt vorgelegten Beschluss des Referats werde das ursprünglich intendierte Ziel der Rettung von Trägern keinesfalls erreicht. Die Arge Freie, der KJR und der Münchner Trichter hätten sich deshalb zu diesem umfassenden Änderungsantrag entschlossen, der sowohl eine direkte Antragstellung der betroffenen Träger, keine Deckelung der Höhe der finanziellen Hilfen und einen rückwirkenden Defizitausgleich für die Jahre 2022 und 2023 vorsehe.

StRin Marion Lüttig (Die Grünen/Rosa Liste) unterstrich, dass es beim Änderungstrag ihrer Fraktion darum gehe, die pädagogische Qualität der freien Träger zu sichern. Deshalb müsste die Deckelung der Zuschüsse aufgehoben und die Kosten für den prüfenden Dritten in die Härtefallregelung inkludiert werden.

Auch StRin Beatrix Burckhardt (CSU/Freie Wähler) bemerkte, dass trotz frühzeitiger Warnungen dieser Beschluss erst zur heutigen Sitzung des KJHA vorliege. Sie können den Antrag der freien Träger zwar dem Grunde nach verstehen, hielt ihn jedoch für zu detailliert und umfangreich. Die dort gemachten Anmerkungen sollten besser in eine künftige endgültige Förderformel eingehen und nicht in die zeitlich befristete Härtefallregelung. Die Kosten für den prüfenden Dritten sollten aber in jedem Fall bereits jetzt in der geplanten Härtefallregelung übernommen werden.

In seinem Statement erklärte StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei), dass er die Tonalität der Vorlage nicht verstehen könne. Der Auftrag, der vom KJHA an das RBS ging, war im Dezember 2023 klar formuliert. Die jetzt vorgelegte Beschlussempfehlung könne er jedoch in weiten Teilen nicht verstehen und nachvollziehen. Er könne verstehen, dass mit der Einführung eines prüfenden Dritten bereits in der Phase der Antragstellung ein gewisses Misstrauen gegenüber den freien Träger ausgedrückt wird. Er schlug vor, in der heutigen Sitzung nur zu beschließen, dass eine Härtefallregelung nötig sei, die inhaltliche Befassung mit den Änderungsanträgen aber auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Julia Sterzer (AWO) verstärkte die Forderungen der freien Träger aus ihrem Änderungsantrag. Insbesondere sei es unbedingt nötig, dass die Träger selbst Anträge für entsprechende Härtefälle stellen können. Der Vortrag bzw. die Beschlussvorlage seien extrem komplex aufgebaut und entsprechend müsste auch der Änderungsantrag der freien Träger detailliert ausfallen. Der Beschlusstext bezieht den gesamten Vortrag des Referenten mit ein. Dies hat zur Folge, dass auch auf jeden Punkt im Vortrag des Referenten eingegangen werden muss. Sie rechnete vor, dass ein Wirtschaftsprüfer/Steuerberater im Durchschnitt drei Tage für die Antragstellung einer Einrichtung tätig sein müsse. Bei den üblichen Tagessätzen dieser Dienstleister würden sich die fälligen Honorare zu riesigen Verpflichtungen potenzieren. Grundsätzlich zeuge diese Regelung auch für sie von Misstrauen gegenüber den freien Trägern. Zudem sei eine Prognose für ein ganzes Geschäftsjahr kaum realistisch zu bewerkstelligen, weil es mit

Schwankungen in der Kinderzahl oder den Öffnungszeiten viele Variablen gebe. Julia Sterzer bemängelte zudem, dass die in Aussicht gestellte Dynamisierung im Trägersausgleich bis heute nicht umgesetzt wurde. Sie fügte hinzu, dass auch die vorgesehenen Fristen zur Abrechnung der Härtefallzahlungen unrealistisch seien. Man benötige schon bislang bis in den Sommer hinein Zeit, um die Zuschüsse aus der Münchner Förderformel abzurechnen – erst danach könne ein belastbares Ergebnis ermittelt werden. Ein wesentlich einfacherer Weg sei es grundsätzlich, einen auf 20 Prozent pauschalierten Aufschlag auf die bisherigen Ausgleichszahlungen anzusetzen was in etwa der Steigerung des BayKiBiG-Basiswerts von 2019 – 2024 entspricht. Sie warb außerdem eindringlich dafür, dass bei der Anwendung des Punktes 3.1.c der MFF-Richtlinie alle Kostensteigerungen – also nicht nur Mieten, sondern ebenso Personal, Energie- und sonstige Kostensteigerungen – berücksichtigt werden.

StRin Gabriele Neff (FDP/Bayernpartei) bestätigte, dass eine Härtefallregelung nun schnell und unbürokratisch umgesetzt werden müsse. Sie verstehe, dass die Träger Misstrauen aus der jetzigen Vorlage lesen. Sie konnte ebenfalls nicht verstehen, warum nun ein prüfender Dritter als einziger Antragsteller vorgesehen sei. Den Änderungsantrag der freien Träger hielt sie zwar auch für zu umfassend, werde diesem jedoch zustimmen.

Andrea Betz (Diakonie) begrüßte den Änderungsantrag von SPD/Volt bzw. Die Grünen/Rosa Liste, wonach die Deckelung Zuschüsse auf 10 Prozent aufgehoben werden soll. Sie habe ebenfalls einen Wirtschaftsprüfer aus ihrem Haus gebeten, durchzurechnen, welcher Aufwand mit der jetzt vorgeschlagenen Regelung verbunden sei; dieser Aufwand stehe in keinem Verhältnis zum Ziel – und spiegele zudem tatsächlich großes Misstrauen gegenüber den freien Trägern wider. Sie zweifelte an, dass die Landeshauptstadt diese strengen formalen Regelungen anwenden müsse.

Dieser Einschätzung schloss sich auch StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) an, der diese vorgesehenen Regelungen so lese, dass grundsätzlich alle Zuschussempfänger Subventionsbetrüger seien.

Verena Dietl (Bürgermeisterin) fasst noch einmal zusammen, warum diese Härtefallregelung notwendig sei. Damit sollen letztlich Familien entlastet bzw. die Bildungsqualität sichergestellt werden. Sie nehme das Misstrauen der freien Träger wahr – betonte jedoch auch, dass eine weitere Verschiebung der Beschlussfassung einzelne Träger in Schwierigkeiten bringen könnte. Sie fragte danach, warum die Regelungen des Freistaats nicht für die Landeshauptstadt übernommen werden könnten.

Für Florian Kraus (Stadtschulrat) zeigt sich in der Vorlage kein Misstrauen, sondern sie gebe die juristische Situation wieder; die Stadtverwaltung sei an Gesetze gebunden. Im Gegensatz zum Freistaat könne die Stadt keine eigenen Gesetze verabschieden – insofern habe man deutlich geringere Spielräume. Die gute Nachricht sei jedoch, dass man das neue Fördersystem, das der Münchner Förderformel nachfolgen soll, bereits der Regierung von Oberbayern vorgelegt habe und diese signalisiert habe, dass sie keine rechtlichen Beanstandungen habe. Insofern könne man wohl ein neues rechtssicheres Fördersystem zum 1. September 2024 einführen.

Dieser Einschätzung stimmte auch Peter Scheifele (Stadtdirekt, RBS) zu. Im Gegensatz zur kommunalen Förderung kenne das BayKiBiG keine Prüfung durch Dritte. Dadurch, dass vergleichsweise geringe staatliche Mittel in das BayKiBiG-Fördersystem fließen, komme man garantiert nie in die Situation einer Überförderung. Das Urteil des Verwaltungsgerichts sieht zudem vor, dass ein neues Fördersystem für München erarbeitet werden muss, das in die Zukunft gerichtet ist – eine rückwirkende Förderung durch ein neues System oder eine Zwischenlösung sei nicht vorgesehen.

Michaela Fischer (Caritas) stellte fest, dass die geplante Härtefallregelung vom 1. Januar bis 31. August 2024 gelten solle. Defizite seien aber in erheblichem Umfang bereits seit 2019 aufgelaufen. Damit können die freien Träger nicht alleingelassen werden. Zudem sei auch ihr unverständlich, warum nicht jeder Träger, der in finanzielle Schieflage gerate, direkt einen Zuschuss im Rahmen der Härtefallregelung beantragen könne. Im späteren Verwendungsnachweis können dann ggf. die sachgemäße Verwendung geprüft werden – aber nicht vor der Beantragung durch Dritte. Der Mitteleinsatz für diesen Bearbeitungsschritt ist eine nicht gerechtfertigte Aufwendung von Ressourcen. Diese Einschätzung bekräftigte auch Dr. Manuela Sauer (Paritätischer) abermals; selbst im strengen Fördersystem der EU sei eine Beantragung durch Dritte nicht vorgesehen. Zudem müssen die Fristen zur Abgabe der Schlussrechnung auf drei Monate nach Prüfung des Verwendungsnachweises der MFF durch das RBS verlängert werden.

StRin Lena Odell (SPD/Volt) merkte an, dass es besser gewesen wäre, bereits frühzeitig sich mit den freien Trägern über die Details der Vorlage abzustimmen. Außerdem regte sie an, Vortrag des Referenten und Beschlussvorlage künftig redaktionell besser zu trennen, damit der Beschlusstext besser lesbar und verständlich werde.

Daraufhin unterbreitete StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) einen Kompromissvorschlag. Im Beschlusstext soll nun aufgenommen werden, dass es keine Deckelung der Zuschussbeträge geben soll. Zudem soll formuliert werden, dass die Anträge durch die Einrichtungen selbst gestellt werden können.

Julia Sterzer (AWO) brachte noch einmal die Idee einer nachgelagerten Prüfung der Zuschussvergabe und -verwendung zur Sprache. Bei allem Verständnis für die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Personalknappheit im Referat, sei dies für die freien Träger der einzig tragbare Kompromiss und würde auch die rechtlichen Erfordernisse erfüllen.

Stadtschulrat Florian Kraus bestätigte daraufhin, dass das Referat eine solche Prüfung nach Ausschüttung und Verwendung der Mittel aus dem Härtefallfonds prüfen werde – man stehe dieser Lösung grundsätzlich offen gegenüber. Er stimmte der Fristverlängerung für die Schlussabrechnung auf drei Monate nach Erlass des Förderbescheids ebenfalls zu. Dabei gab er zu bedenken, dass damit das Risiko einer Rückforderung durch die Landeshauptstadt an die Träger verbunden sei, wenn diese die Mittel nicht sachgerecht verwendet hätten – gegebenenfalls auch mit Zinsen versehen.

StRin Beatrix Burkhardt (CSU/Freie Wähler) bedankte sich beim Referat für diesen Kompromissvorschlag. Damit sei hoffentlich das von den freien Trägern geäußerte Misstrauen ausgeräumt.

Abstimmung Änderungsantrag freie Träger (nur Einfügung „Ziffer 2 [neu]“ in BV – „Eine Antragstellung durch einen KiTa-Träger ist ausdrücklich zulässig“; alle anderen Änderungen wurden vom Antragsteller zurückgezogen): einstimmig angenommen

Änderungsantrag SPD/Volt und Die Grünen/Rosa Liste (Aufhebung der Deckelung und Übernahme der Prüfkosten durch das Referat): einstimmig angenommen

Gesamtantrag: einstimmig angenommen

TOP 3 – SACHSTANDSBERICHT ZUR SITUATION DER PERSONALGEWINNUNG

Esther Maffei (Jugendamt) berichtet, dass die Erweiterte Leitstelle Inobhutnahme (ELI) im Januar 2024 auslaufen und ihre ergänzende Funktion zu den Sozialbürgerhäusern (SBH) beenden wird. Die SBHs hatten befristet die Beratung und die Schutzstellensuche an die ELI übertragen – die Fallverantwortlichkeit war bei den SBHs verblieben. Während dieser Erprobungsphase wurden Daten gesammelt, welche Optimierungen und Entlastungen für die Arbeit der SBHs möglich sind; die gewonnenen Erkenntnisse sollen dauerhaft umgesetzt werden. Insbesondere hatte sich gezeigt, dass es sinnvoll ist, eine zentrale Schutzstellensuche zu bilden. In der konkreten Arbeit der ELI war deutlich geworden, dass der größte Teil der Arbeit (ca. 6 Stunden pro Fall) mit der Suche nach Schutzstellen benötigt wird. Erste positive Zeichen haben sich im Erhebungszeitraum beim Thema Personalgewinnung gezeigt – die Probleme sind zwar noch längst nicht gelöst, man befindet sich jedoch auf einem guten Weg und habe zuletzt 49 Stellen besetzen können. Gleichzeitig wird die Fortbildung von Mitarbeiter*innen intensiviert, um Fachkräfte im Bereich zu halten. Besonders erfreulich und fruchtbar war die Kooperation mit der gesamten Trägerlandschaft. In den Kooperationsprojekten lag der Schwerpunkt u.a. auf der stärkeren Vernetzung und Kommunikation zwischen den Akteuren. Die Dach-Arge wird dazu einen Kommunikationsleitfaden erstellen. Dies alles soll dazu beitragen, schneller Schutzstellen zu finden, die begleitende Elternarbeit zu intensivieren und so letztlich die Kinder schneller in die Familien zurückführen zu können. Gleichzeitig wurden von den genehmigten 6 neuen Springer*innenstellen bereits 2 besetzt – hinzu kommen ambulante Zusatzhilfen – ebenfalls für die Elternarbeit. Eine zentrale Erkenntnis aus dem Projekt ELI ist, dass das Angebot der Jugendhilfe in München recht gut ist, diese Angebote aber noch besser mit den Akteur*innen vernetzt werden müssen. Hierzu soll es noch im Januar ein Planspiel in einem Modellstadtbezirk geben. Die Ergebnisse werden im KJHA vorgestellt.

Dr. Manuela Sauer (Paritätischer) dankte dem Jugendamt und der erweiterten Leitstelle. Die freie Wohlfahrt wäre zunächst kritisch gewesen, was die Erfolgsaussichten von ELI anbelangt. Jetzt zeige sich aber eine sehr positive Entwicklung. Ihr Dank ging auch an die Mitarbeiter*innen in den SBHs. Sie freute sich auf die weitere Kooperation mit dem Jugendamt zu diesem Thema und die Präsentation der Ergebnisse im KJHA.

Auch die StRinnen Lena Odell (SPD/Volt), Marion Lüttig (Die Grünen/Rosa Liste) und Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) bedankten sich beim Jugendamt und den Mitarbeiter*innen der SBHs. Es habe sich gezeigt, dass es sich lohnt, neue Konzepte zu erproben und Erkenntnisse daraus in die reguläre Arbeit zu überführen.

Nur Kenntnisnahme

Zusammengestellt von Marko Junghänel

WSDZ-POSITIONSPAPIER ZUR OFFENEN ARBEIT MIT KINDERN

Das Arbeitsfeld der Offenen Arbeit mit Kindern (OKA) ist wichtiger denn je für die Kinder in unserer Stadt. Das Bündnis „Wir sind die Zukunft“ (WsdZ) hat daher ein Positionspapier entwickelt, um auf die große Bedeutung der Offenen Arbeit mit Kindern in unserer Stadt aufmerksam zu machen. Das Positionspapier richtet sich an Entscheidungsträger*innen in Verwaltung und Politik sowie an Fachkräfte und bietet beste Argumente, warum es auch in Zeiten des Ganztagsanspruchs im Grundschulalter nicht ohne die OKA gehen wird. Das Positionspapier gibt es [hier](#)

50 JAHRE HIPHOP-KULTUR

2023 feierte die HipHop-Kultur ihren 50. Geburtstag. HipHop weist viele Verbindungen zum Thema "Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft" auf, sowohl in Bezug auf deren Entstehungsgeschichte als auch auf die Inhalte. Wie kann HipHop gezielt in der Jugendarbeit genutzt werden, um Rassismus zu kritisieren und Empowerment zu fördern? [Hier](#) findet ihr Antworten, zahlreiche Beispiele und weitere Links zum Thema.

GAMESFESTIVAL 2024

Das GamesFestival feiert Spielkultur in all ihren Facetten. Workshops, Talks, Play Jams, Ausstellungen, Theaterstücke, Turniere und mehr; vor Ort im FatCat in München oder digital per Stream. In diesem Jahr findet das GamesFestival von 02.05. bis 05.05.2024 statt. Unter dem Festivalmotto „New Worlds“ bleibt das Festival auch diesmal seinem einzigartigen Konzept treu: alle geplanten Ausstellungen, Workshops, Talks oder Play Jams werden unter Mitwirkung von jungen Gamer*innen entwickelt und umgesetzt. Initiiert wird das partizipative Festival von der Computerspielakademie. Das GamesFestival richtet sich vor allem an junge Menschen bis 27 Jahren in Bayern. Weitere Infos findet man [hier](#).

FAKE NEWS ÜBER WHATSAPP

Das Projekt „Issso! Jugendliche gegen Desinformation“ befasst sich damit, inwiefern Chat GPT, YouTube, Instagram, Discord und Co. für die Verbreitung von Desinformation relevant sind und wie unter einem medienpädagogischen Blickwinkel damit aber auch gegen Fake News

gearbeitet werden kann. Außerdem gibt es [hier](#) Methoden für die Offene Jugendarbeit und einen grundlegenden Text zur medienpädagogischen Arbeit gegen Desinformation.

LOGO-WETTBEWERB KINDER- UND JUGENDRATHAUS

Seit Sommer 2023 gibt es das Münchner Kinder- und Jugendrathaus: Eine Anlaufstelle für alle Münchner*innen bis 21 Jahre. Alle können mit Anliegen, Ideen und Anregungen direkt an die Stadtspitze herantreten. Das Team des Kinder- und Jugendrathauses kümmert sich und unterstützt in allen Belangen. Für das Kinder- und Jugendrathaus wird ein Logo gesucht. Mitmachen können alle Münchner*innen bis 21 Jahre, Einsendeschluss per Post oder E-Mail ist der 15. Februar 2024. Weitere Infos: [hier](#)

VERANSTALTUNGSTIPPS

Was: Was ist die Loverboy Methode?
Wer: jadwiga Fachberatungsstelle
Wann: 29.01.2024, 15:00 – 16:00
Wo: online via Zoom
Kosten: kostenlos
Anmeldung: diana.sachon@jadwiga-online.de

Was: Gefahr im Internet: Wie Loverboys online vorgehen
Wer: jadwiga Fachberatungsstelle
Wann: 04.03.2024, 17:00 – 18:30 Uhr
Wo: online via Zoom
Kosten: kostenlos
Anmeldung: diana.sachon@jadwiga-online.de

Was: BNE-Basics
Wer: Ökoprojekt MobilSpiel e.V.
Wann: 06.03.2024 16:00 – 20:00 Uhr
Wo: Münchner Zukunftssalon
Kosten: 15 Euro
Anmeldung: [hier](#)

DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT AM 13.02.2024

Bericht vom KJHA vom 06.02.2024

IMPRESSUM UND DATENSCHUTZ

Das Redaktionsteam

Angelika Baumgart-Jena, Leitung Öffentlichkeitsarbeit KJR München-Stadt; Ulrike Steinforth, Planungsbeauftragte des Münchner Trichters; Chris Dünstl, Fachforum Freizeitstätten, Anne Rathjens, Grundsatzreferentin KJR München-Stadt, Marko Junghänel

Verantwortlich für die Inhalte

Angelika Baumgart-Jena, Öffentlichkeitsarbeit, KJR München-Stadt

Herausgeber: Kreisjugendring München-Stadt, Paul-Heyse-Str. 22, 80336 München. Der KJR München-Stadt übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben oder für die Inhalte der verlinkten Seiten. Auf den Inhalt verlinkter Seiten haben wir keinen Einfluss.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Datenschutz

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich in unserem Verteiler angemeldet haben (DSGVO Art 6, Abs. 1.). Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schicken Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff **Abmelden** an die Versandadresse zurück.